

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 43.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugeföhrt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 27. Oktober 1911.

Insertionspreis für die vierteljährliche 30 Pf. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1542. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Probleme der Arbeiterpsychologie.

Der Verein für Sozialpolitik hat unlängst Erhebungen über das innere Empfinden, das Seelenleben der Arbeiter veranstaltet. Was bei diesen wissenschaftlichen Untersuchungen herauskommen würde, ließ sich ungefähr von vornherein sagen. Freilich, für diejenigen Leute, die da glauben, die Arbeiterschaft sei eine einzige große Masse von nur nach Lohnerhöhung schreienden Sozialdemokraten mögen die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik etwas Neues gebracht haben. Sie sind überzeugt worden, daß unter den Arbeitern die größte Mannigfaltigkeit in der Lebensführung besteht und noch längst nicht alle „in einen Topf geworfen“ werden können. Zu dieser Erkenntnis hätten manche Leute aus den sog. „besseren Ständen“ indes schon längst kommen können, wenn sie sich bemüht hätten, in der Praxis des Lebens die Arbeiterseele zu studieren.

Anknüpfend an die Vereinsarbeiten befaßte sich auch die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik (München, 10. Oktober) mit den Problemen der Arbeiterpsychologie. Das Referat hatte der durch sein Werk „Die Arbeiterfrage“ bekannte Professor Herberich übernommen. Auch er stellte fest: Das sogenannte „Proletariat“ stellt keineswegs eine im wesentlichen einheitliche Masse dar, ein graues, ödes Einerlei, wie sogar von gelehrter Seite (Sombart) erst vor kurzem wieder hartnäckig versucht wurde. Es ist im Gegenteil in jeder Hinsicht eine große Mannigfaltigkeit zu erkennen in bezug auf Herkunft, Qualität, Quantität und Beständigkeit der Arbeitsleistungen, Chancen des sozialen Aufstiegs, Weltanschauung und Lebensstil. Selbst das besondere Lokal- und Stammesolorit weiß sich neben dem einheitlichen proletarischen Pigment (Färbung) ganz erfolgreich zu behaupten.

Die moderne Arbeiterschaft soll nach den gelehrten Erhebungen in die drei großen Gruppen, der gelernten, der ungelerten und der angelernten Arbeiter zerfallen:

Die gelernten Arbeiter haben in der Mehrzahl den Beruf aus Neigung ergriffen und entschließen sich nicht leicht, den Beruf zu wechseln. Am so häufiger ist aber Orts- und Stellenwechsel bei ihnen nachzuweisen. Namentlich nach gelernten Arbeitern der Maschinenindustrie besteht eben infolge der zunehmenden Verwendung der Maschinen in allen Gewerben eine rege Nachfrage. Unter diesen Umständen kann der Orts- und Stellenwechsel in der Tat oft zu einer Verbesserung der Lage führen. Gelingt es dem gelernten Arbeiter nicht selbst aufzusteigen, so sucht er doch mit dem Aufgebot aller Kraft seinen Kindern den Weg zu höheren oder wenigstens für höher angesehenen Berufsstellungen zu ebnen, die Söhne z. B. „aufs Bureau“ zu bringen, die Zeichner und Techniker werden zu lassen. Insofern liegt eine bemerkenswerte Annäherung an kleinbürgerliche Lebensverhältnisse vor. Das 40. Lebensjahr bildet für den gelernten Arbeiter eine Art „Majorsede“, d. h. ist es ihm bis dahin nicht geglückt, Meister, Vorarbeiter, Einrichter oder selbstständig zu werden, so geht es infolge der abnehmenden physischen Leistungskraft allmählich bergab in bezug auf das Einkommen sowohl wie hinsichtlich der sozialen Stellung. Er kann dann zuweilen nur noch als angelernter oder ungelerner Arbeiter unterkommen.

Im Gegensatz zu den gelernten Arbeitern gehen die ungelerten Arbeitskräfte überwiegend aus den Schichten der ländlichen Bevölkerung hervor. Ihre militärische Tauglichkeit ist geringer, ihre Familie und die Sterblichkeit ihrer Kinder ist größer. Frauen und Töchter nehmen häufig an der Fabrikarbeit teil. Das Einkommen pendelt um 1100 bis 1200 Mk. In den höheren Altersklassen sind sie relativ stärker als die gelernten Arbeiter vertreten.

Die besten Elemente der Angelernten gehen in die immer wichtiger werdende Gruppe der Angelernten über und können als solche bei tüchtigen Leistungen oder wertvollen Charaktereigenschaften die unteren Einkommensstufen der gelernten Arbeiter erreichen. Bei ihnen findet keine mehrjährige Lehrzeit, sondern eine mehrmonatige Einübungszeit statt.

Die „gelernte“ Arbeiterin entspricht in bezug auf ihre Ausbildung eigentlich nur dem angelernten männlichen Arbeiter. Für Arbeiten, die ein hohes Maß von Geduld verlangen, werden Arbeiterinnen, zumal solche vom Lande, für geeigneter angesehen. Die besseren Stellungen haben in der Regel jüngere Mädchen, die aus Industriearbeiterfamilien stammen, inne; die schwersten häufigsten Arbeiten verbleiben armen älteren Frauen.

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wollen die gelehrten Herren die Beobachtung gemacht haben, daß Arbeiter aus kleineren und mittleren Städten an der Spitze der Leistungsfähigkeit stehen. Das männliche Geschlecht zeigt größere Ausdauer bei den Leistungen, während die Arbeiterinnen nur mit Mühe immer wieder erneuter Anläufe zu größeren Leistungen gelangen. Das Optimum der Leistungen fällt innerhalb des Tages meist in die zweite Hälfte des Vor- und Nachmittags, innerhalb der Woche auf die mittleren Tage, innerhalb des Jahres auf die Wintermonate.

Das außerberufliche Leben, zumal die Verwendung der freien Zeit, läßt nach Professor Herberich teils eine geringere, teils eine größere Verschiedenheit erkennen, als erwartet werden dürfte. Geringer insofern, als die Arbeiterschaft sich in der Verwendung der Freizeit ganz ähnlich verhält wie andere Gesellschaftsklassen mit bescheidenen Geldmitteln auch; größer innerhalb der Arbeiterklasse von Person zu Person eine solche Differenzierung obwalten. Hinsichtlich der Lektüre bevorzugt der eine z. B. höchste Belletristik, der andere ernste

populärwissenschaftliche, ein dritter sogar streng wissenschaftliche Literatur eines bestimmten Faches. So fehlt es auch im sogenannten „Proletariat“ durchaus nicht an Individualitäten. Auch der moderne Lohnarbeiter bildet einen Kreuzungspunkt für zahlreiche soziale Fäden, welche nicht nur seine Stellung in der Gesellschaft befestigen, sondern ihn auch individualisieren, zu einer Persönlichkeit machen. Ländliche und städtische Herkunft, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Sprache, Mundart, bestimmte Sitten, Konfession, Gemeindebürgerlichkeit, Beruf, Berufsgenossenschaft, Teilnahme an gewerkschaftlichen, politischen, sportlichen oder geselligen Vereinen, alle die Gemeinschaftsbildungen, die so entstehen, üben ihren Einfluß. Es werden deshalb die Klassegegensätze weder einfacher noch stärker.

Mit den Ausführungen auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik wird am besten der oft gehörte Einwurf widerlegt, die Gewerkschaftsbewegung schablonisiere. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Denn unzweifelhaft ist, daß bei dem Bestreben die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft zu befestigen, ihn zu einer Persönlichkeit zu machen, der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation ins Gewicht fällt.

Von Interesse sind auch die Ausführungen, die Professor Dr. Alfred Weber-Heidelberg machte:

„Wir sehen, daß es in dem Proletariatschicksal nichts Einheitliches gibt, sondern daß es sich hier um menschliche Durchgangsstadien handelt. Auch für den Arbeiter ist das Maschinenchicksal in der Fabrik nur ein Durchgangsstadium. Der Arbeiter hat mit 40 Jahren aufgehört, hochwertig qualifizierte Arbeit zu leisten. Er verschwindet dann aus dem Zentrum der industriellen Tätigkeit. Wir sehen, daß die Arbeiter nach außen gehen, sie werden Feldarbeiter, Straßenkehrer, gehen in die Landwirtschaft über, die ja immer mehr ein Asyl für Frauen, Kinder und Greise wird. Teilweise bleiben sie auch in leitenden Stellungen, als Aufseher oder dergleichen, aber das eine ist bemerkenswert, daß sie schlechter bezahlt werden, als die Arbeiter, die unter ihnen stehen. Auch in der Zeit bis zum 40. Lebensjahr ist das Arbeiterchicksal nichts Einheitliches. Trostlos ist es zu sehen, daß die angelernten Arbeiter nicht in der Lage sind, in ihrem Beruf zu bleiben, sondern daß sie von einer Stellung zur anderen getrieben werden. Sie haben keine aktive Existenz, sondern eine rein passive. Ebenso trostlos ist es andererseits, daß die Berufsspezialisten nur in einer Fabrik und meist auch nur für einen Artikel verwertbar sind. Durch diese Spezialisierung der Arbeiter entsteht ein Klebeschicksal. Wir müssen eine Parallellität zwischen Lebensschicksal und Berufstätigkeit wieder herstellen. Das kann aber nur geschehen, indem wir den Arbeiter ortsfest machen, damit er sich in seinem Milieu einleben kann. In den großstädtischen Siedelungen sind die Arbeiter außerordentlich festhaft. Nicht die städtische Bevölkerung, sondern die Landbevölkerung ist der Flugsand. Um den Arbeitern den Berufswechsel zu erleichtern, müßten wir besondere ökonomische Unterlagen schaffen, sei es durch Fortbildungsschulen, sei es durch andere Maßnahmen, vielleicht auch, indem wir für die Industrie Vorschriften erlassen, die sie zwingen, dem Arbeiter eine breitere Arbeitsbasis zu gewähren.“

Der Behauptung, daß die Arbeiter mit 40 Jahren aufgehören, hochwertig qualifizierte Arbeiten zu leisten, muß unbedingt widersprochen werden; jedenfalls kann in der Allgemeinheit keine Rede davon sein. Es ist deshalb nur anzunehmen, daß die Erfahrungen, die die Herren Professoren sammelten, recht einseitiger Art gewesen sind. Vor allem werden sie unterlassen haben, neben dem Lose des nur in der Großindustrie verwendbaren gelernten Arbeiters, dasjenige des gelernten Arbeiters, der seinen Erwerb im Klein- und Mittelbetrieb finden kann, zu untersuchen. Aber angenommen, auch nur ein Teil der von den Professoren aufgestellten Behauptungen sind Tatsache: Die Sicherung einer aufsteigenden und in den höheren Lebensaltern vielleicht gleichmäßigen Lebensführung des Arbeiters muß das Ziel der solidarischen Arbeit der Arbeiterklasse sein. In ihren gewerkschaftlichen Organisationen besitzt sie die Mittel dazu.

Zur Tarifrage im Buchdruckgewerbe.

Die Zulassung des Gutenberg-Bundes zu den tariflichen Institutionen spielte bekanntlich bei den diesjährigen Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe eine nicht geringe Rolle. Die Prinzipale haben, da der Gutenberg-Bund selbst ein Antragsrecht nicht hatte, die Forderungen des Gutenberg-Bundes ihrerseits aus Gerechtigkeitszinn zum Antrag erhoben. Der Korrespondent, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, wirt jetzt dem Gutenberg-Bund vor, er habe „gebettelt“ und „anders für sich betteln lassen“ und sucht so die Mitglieder gegen ihre Führer aufzuheizen. Dieser Behauptung gegenüber schildert der Typograph, das Organ des Gutenberg-Bundes, in Nr. 42 (20. Okt.) den wahren Sachverhalt und schreibt dem Buchdruckerverband folgendes ins Stammbuch:

Man ersieht daraus, daß der Gutenberg-Bund in der Sitzung selbst den Antrag auf Zulassung nicht stellen konnte, weil ihn die Herren Verbandsmitglieder das Antragsrecht absperrten. Die Forderungen des Gutenberg-Bundes waren vor der Tarifkommission in weitergehenden Anträgen dem Tarifamt eingereicht, von diesem aber zurückgewiesen worden. Die Prinzipalität hatte aber mehr Gerechtigkeitszinn wie die Herren, die immer das

Wort Recht und Gerechtigkeit im Munde führen. Der Korrespondent sollte sich schämen, jetzt zu spotten darüber, als hätten wir gebettelt und hätten „anders für uns betteln gehen lassen“. Einmal haben wir nicht gebettelt, sondern die Prinzipalität hat aus Gerechtigkeitsgefühl die Anregung des Gutenberg-Bundes zum Antrag erhoben, was nicht notwendig gewesen wäre, wenn der Verbandsvertreter — als Vertreter der Allgemeinheit können sie absolut nicht angesprochen werden — nicht Macht vor Recht gegangen wäre. Zudem ist es jedem Kind bekannt, daß gerade der Verband durch die Gnadenform der Prinzipalität und insbesondere des Herrn Kommerzienrats Bügenstein groß geworden ist. So lange die Prinzipale (und wir kennen deren nicht wenige) die Unorganisierten im Interesse der Tarifgemeinschaft in den Verband geschickt, so lange hatte der Korrespondent nichts dagegen einzuwenden. Als früher im Tarifauschuß Prinzipale mit aller Schärfe für den Verband eintraten, wurden die Neben in Sperdrud im Korrespondent und der gesamten sozialdemokratischen Presse ausgeschlacht. Wenn Prinzipale bei der Einstellung von Gehilfen Verbandsmitglieder bevorzugen, hat man nichts dagegen einzuwenden, werden aber nur zwei Gutenberg-Bündler hintereinander eingestellt, dann ist der Teufel los. Wir wissen, daß Verbandsvertreter Prinzipale angefleht haben, doch nicht mehr Gutenberg-Bündler als Verbändler einzustellen. Wenn Herr Geheimrat Kommerzienrat Bügenstein in allen Lobeshymnen den sozialdemokratischen Buchdruckerverband herausstrich, dann hatte man große Freude und dankte es mit schönen Schmeicheltreden. Und heute noch werden die Verbandsvertreter, die sich über die Bevorzugung des Gutenberg-Bundes durch die Prinzipalität aufregen, vom Herrn Geheimrat, dem Vertreter der Prinzipalität, mit „Herr Kollege“ angeredet. Es hört sich so wunderbar schön an und tut einem so wohl: „Herr Kollege Raffini“, „Herr Kollege Abrecht“ usw. Die Großsprecher, die in Volksversammlungen den Pulverkegel nicht genügend mit der Faust bearbeiten und den Mund gegen die „Kapitalisten“, die „Ausbeuter“, die „Ausbeutungspolitik“ usw. nicht voll genug nehmen können, diese reizenden Wölfe verwandeln sich hinter verschlossenen Türen der Prinzipalität gegenüber in zahme Lämmer. Das ist eine alte Erfahrungssache. Der radikale Verbandsführer Raffini ließ sich auch nur mit der Prinzipalität zusammen fotografieren „unter der Bedingung, daß das Bild nicht in der Öffentlichkeit verwandt wird“, was Herr Kommerzienrat Bügenstein zusagte.“

Was hier der Typograph sagt, ist für die christlichen Gewerkschaftler nichts neues. Gerade diejenigen, die berufen sind, bei der Prinzipalität mit sozialdemokratischen Führern zu verhandeln, haben in diesem Punkte Erfahrungen gesammelt. Man kennt die aufreizenden Versammlungsreden, die die Masse fortwährend gegen die „Kapitalisten“ aufwieheln, nicht wieder. Aber es wird so bleiben: Draußen brüllende Löwen, im Verhandlungstisch zahme Lämmer.

Ein weiteres lehrt uns die Bewegung im Buchdruckgewerbe noch: die Sozialdemokratie kann sich nicht genug über die „Vergewaltigung der Minderheit“ aufregen, wenn sie diese Minderheit darstellt. Ist aber die Sozialdemokratie oder ihre Gewerkschaften in der Mehrheit, dann ist es ganz selbstverständlich, daß Macht vor Recht geht und die Minderheit einfach an die Wand gequert wird. Das hat sich soeben wieder beim Abschluß des Tarifvertrages im Buchdruckgewerbe gezeigt. Der christlich-nationale Gutenberg-Bund forderte, mit Sitz und Stimme zu den tariflichen Institutionen zugelassen zu werden, da er der Tarifgemeinschaft gegenüber auch die gleichen Pflichten hat. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband, der im Tarifauschuß den Ausschlag zu geben hat, ließ das nicht zu. Der Typograph, das Organ des Gutenberg-Bundes, wendet sich gegen diese Vergewaltigung der Minderheit. In einem längeren Artikel (Nr. 42, 20. Okt.) legt er den Sachverhalt dar und bemerkt u. a.:

„Daß die Brutalität des Verbandes die höchsten Grenzen erreicht hat, beweist, daß die Verbandsvertreter sogar den Antrag Senfing ablehnten, den Gutenberg-Bund zu den Institutionen nur mit beratender Stimme zuzulassen. Auch lehnten sie ab, ein Schiedsgericht einzusetzen zu lassen, das aus drei Prinzipalen, drei Gehilfen und einem unparteiischen Vorsitzenden besetzt sein sollte. Der Verband will nicht gerecht sein, er selbst will entscheiden. Und in der Tarifgemeinschaft hat der Verband zu entscheiden, ob ein Vertreter der Organisation, die er bis in die Seele haßt, zugelassen werden soll. Wenn auch die Prinzipale dafür sind — der sozialdemokratische Verband will es nicht und damit basta.“

In jedem Rechtsstaate kann eine Partei einen Richter als Befangen ablehnen, wenn er an der Sache interessiert ist. In den Tarifinstanzen für Deutschlands Buchdrucker ist das nicht möglich. Dort sitzt der Kläger und Richter in einer Person und beurteilt den von ihm selbst Angeklagten, den er haßt, verachtet und dem er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat.“

Wirklich, es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband zu entscheiden hat, ob ein Vertreter der Organisation, der er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat, mit beratender Stimme zugelassen werden soll. Da war der vorgeschlagene Weg, ein Schiedsgericht einzusetzen, wohl der richtige. Und wenn der Verband auch das nicht will, dann müssen andere Mittel angewandt werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die gesamte Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß der jetzige unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Die Interessen-Gemeinschaft der Breslauer Waggonfabriken.

Ueber die unter dem Titel „Die Not des Ueberflusses“ in der Nr. 42 des „Holzarbeiter“ gemeldeten Verschmelzungspläne der Breslauer Waggonfabriken herrscht jetzt völlige Klarheit, als das Abkommen zwischen den beiden Gesellschaften getroffen wurde, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen, die im November stattfinden. In der offiziell in Mittheilung hierüber heißt es:

„Die Gesellschaften bilden eine Interessengemeinschaft, deren Zweck es ist, bei dem ständigen Rückgang der Gewinne im Verhältnis zum Umsatz durch Vereinigung der Betriebe und daraus sich ergebende Verringerung der allgemeinen Unkosten, sowie Ersparnisse an Arbeitskräften die Herstellungskosten herabzusetzen. Dieser Zweck soll durch die Verpachtung der Fabrikgrundstücke, soweit sie zu der Fabrication nach Vereinigung der Betriebe beider Gesellschaften dienen sollen, sowie eines Theiles der Maschinen erreicht werden. Der entbehrliche Rest an werthvollen städtischen Grundstücken verbleibt jeder der beiden Gesellschaften zur freien Verfügung. Die Verpachtung erfolgt an eine Aktiengesellschaft, die mit 11 000 000 Mark vollgezahlten und 3 000 000 Mark 25prozentig. Aktien errichtet wird. Der Pachtpreis beträgt 1 000 000 Mk., wovon auf die Einlagegesellschaft 830 000 Mk., auf die Hofmanngesellschaft 200 000 Mk. entfallen. Die Pachgesellschaft verwendet einen Teil ihrer Mittel, um Arbeitsmaschinen, Werkzeuge und sonstiges bewegliches Inventar, halbfertige und fertige Fabrikate und Materialien zu einem angemessenen billigen Preise an die Außenstände zum Nennwert von beiden Gesellschaften zu erwerben. Die mit 25 Prozent eingezahlten 3 000 000 Mk. Aktien sind 580 000 Mk. vollgezahlte Aktien bleiben im Besitz der beiden Gesellschaften. Der Rest von 10 420 000 Mark wird von einem unter Leitung der Nationalbank für Deutschland stehenden Konsortium zu 116 Proz. übernommen, wovon 10 Prozent sofort dem gesetzlichen Reservefond überwiesen werden, der Rest die Kosten und Steuern bedeckt. Das Konsortium hat gegen eine von der beiden Gesellschaften zu tragende, der Pachgesellschaft also nicht zur Last fallende Provision den Aktionären der beiden Gesellschaften den gesamten Betrag von 10 420 000 Mark zu gleichen Preisen von 116 Prozent zum Bezuge anzubieten. Es entfallen auf je 600 Mark Stammaktien und je 3000 Mk. Vorkaufsschilling der Einlagegesellschaft je eine Aktie von 1200 Mk., auf 900 Mark Stammaktien der Hofmanngesellschaft je 2 Aktien à 1000 Mk. Das Bezugsrecht auf die Aktien der neuen Gesellschaft soll den Aktionären nach Festsetzung der Dividende für das Jahr 1911 angeboten werden. Es ist in Aussicht genommen, mit Rücksicht auf die veränderte Betriebsweise für das abgelaufene Geschäftsjahr einen wesentlichen Teil der seit langen Jahren angeammelten disponiblen Fonds zur Ausschüttung zu bringen, und es ist deswegen die diesjährige Verteilung auf die Stammaktien der Einlagegesellschaft auf 150 bis 166 2/3 Proz. und auf die Aktien der Hofmanngesellschaft auf 175 bis 200 Prozent zu schätzen.“

Eigenartig berührt, daß die Gesellschaften sich zu einer Interessengemeinschaft deshalb verschmelzen wollen, „um bei dem ständigen Rückgang der Gewinne im Verhältnis zum Umsatz die Herstellungskosten herabzusetzen“. Das glaube, wer will. Bei den Dividenden, die die Gesellschaften in den letzten Jahren ausschütteten, ist das kaum glaublich, und die Berechnung einer Dividende von mindestens 150 Prozent für das laufende Jahr läßt die Behauptung der Gesellschaften nur noch unwahrscheinlicher machen.

Bei ihrem Vorgehen erhalten die Breslauer Gesellschaften von den übrigen Waggonfabriken noch insofern Hilfe, als auch diese sich über die geringen Gewinne beklagen. Das darf weiter nicht wunder nehmen, da alle Werke daran interessiert sind, die Preise möglichst hoch zu halten. Die gewaltigen Ueberflüsse und Reserven der Breslauer Unternehmungen werden von den sonstigen Waggonfabriken damit begründet, daß behauptet wird, nicht der Gewinn der einzelnen Werke solle ins Gewicht fallen, sondern der gewaltige Umsatz der Breslauer Werke. Diese seien gegenüber anderen Waggonfabriken an Staatsaufträgen bevorzugt worden. So sei z. B. der Anteil der Waggonfabrik Gebr. Hofmann & Co. derartig hoch bemessen, daß sie während der Hochkonjunktur die ihr seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung zugebachten Aufträge nicht einmal selbst habe ausführen können, sondern einen Teil der Aufträge gegen bare Entschädigung an die Norddeutsche Wagenbauvereinigung zurückgegeben habe, die ihr die Aufträge zuweist. In früheren Jahren, als die Norddeutsche Wagenbauvereinigung ganz allein die Staatsaufträge erhalten habe, sei es bei den hohen Preisen wohl möglich gewesen, bessere Gewinne zu erzielen. Heute könnten letztere nur die Masse bringen. In den letzten der der Norddeutschen Wagenbauvereinigung nicht angehörigen Werke werde seit langem darüber geklagt, daß die Verteilung von Aufträgen seitens der preussisch-hessischen Staatsbahnen nicht gemäß der würtlichen Leistungsfähigkeit der Fabriken erfolge, sondern daß die der Wagenbauvereinigung angehörenden Werke bevorzugt würden. Diese erhielten nämlich circa 69 Prozent der Gesamtbestellungen, die unabhängigen Fabriken nur circa 31 Prozent.

Die die Sache auch liegen mag: die Waggonfabrikation ist jedenfalls das schlechteste Geschäft noch lange nicht. Und das sollten sich die in ihr beschäftigten Arbeiter gut merken.

Eine Englandreise deutscher Arbeiter.

Von Carl Rittenberger, Frankfurt a. M.

Nach der Dampferreise haben wir mit einem Extrawagen der Eisenbahnen nach dem städtischen Schwimmbad, wo uns in liebenswürdigster Weise alle Bedarfe zur Verfügung gestellt waren. Im großen Saal sammelten sich die des Schwimmbades Anwesenden, allen voran der deutsche Konsul. Eine gut gelungenen photographische Aufnahme einer Loge während der Dampferreise erinnert uns wohl noch sehr an diese Stunde. Der Abend brachte uns eine Begrüßungsrede im „Club-Haus“ in welcher der Reichs-

von Manchester auf die industrielle Entwicklung beider Länder zu sprechen kam. Ein gesunder Wettbewerb müsse unter den Völkern bestehen, daraus dürfe aber keine Feindschaft resultieren. Er schilderte den am Tage vorher beilegen Hafenarbeiterstreik und sagte, daß die Arbeiter ein Recht hätten, höhere Löhne zu fordern und zu beanspruchen. Der deutsche Konsul kam auf die guten Beziehungen zwischen der Behörde und der Bürgerchaft Manchester, sowie auf seine Tätigkeit zu sprechen. In demselben Saale halte die deutsche Kolonie ihre Festlichkeiten ab. Der Saal sei deshalb ein Tempel des Friedens.

Am Mittwoch früh beschäftigten wir die Feuerwehr-Zentralstation, welche als musterhaft bezeichnet werden darf. Sämtliche Feuerwehrleute wohnen mit ihren Familien in der Station. Die Wohnungen sind durch Schächte mit dem Maschinenraum verbunden. Es waren vorzügliche Leistungen, die uns beim Alarm die Mannschaften der Brand- und Rettungswesen vorführten.

Sodann ging es zur technischen Hochschule, die von 5000 Studenten und 600 Technikern besucht wird. Hier sind fast für alle Berufe Lehrwerkstätten zu finden, und stehen den Studenten die neuesten Maschinen zur Verfügung. — Hierauf statteten wir noch dem Hospital einen Besuch ab. Auch dieses ist, wie fast alle englischen Spitäler, von Wohlthätern gestiftet und für Unbemittelte gänzlich frei.

Der Nachmittag brachte uns nach „Grampshall“, der Biskuit- und Schokoladenfabrik der englischen Konsumvereine. 28 Weber legten 1844 den Grundstein der heutigen Konsumvereine. Es gibt fast keinen Artikel mehr, der nicht in den eigenen Fabriken hergestellt wird. Auch hier finden wir die besten sanitären Einrichtungen, die Bäckerei hat eine 8stündige Lageschicht. Sämtliche Arbeiter nehmen an dem Produktionsgewinn teil. Für die freie Zeit ist in jeder nur denkbar möglichen Weise Rechnung getragen, und steht der Sport auch hier an erster Stelle. In einem großen Zentral-Gebäude sind sämtliche Artikel zum Engros-Verkauf ausgestellt. Ein eigenes Bankhaus vermittelt den Geldverkehr. Den Güterverkehr erlebigen die eigenen Dampfer von und nach dem Kontinent. Der Umsatz beträgt jährlich über 350 Millionen Mark. In dem Verwaltungsgebäude befindet sich ein Restaurant für die Angestellten, in welchem wir auf das Beste bewirtet wurden. Im oberen Stockwerk befindet sich ein großer Versammlungssaal, Mitchell-Memorial-Hall genannt, in welchem sich eine große Versammlung angeschlossen, wo wir von dem Leiter der Genossenschaft, einem ehemaligen Drahtweber, begrüßt wurden. Der Vertreter der Trade-Unions und der Bürgerschulen sprachen sich dahin aus, daß nur durch gegenseitiges Vertrauen in internationalen Beratungen der Friede gesichert sei. Herr Dr. Forey-Frankfurt gab seiner Freude Ausdruck, daß ihn seine ehemaligen Schüler bei der Ankunft in Manchester freudig begrüßt hätten.

Donnerstag, den 13. Juli, verließen wir Manchester und erreichten nach 1 1/2stündiger Fahrt das nächste Ziel unserer Reise, Leeds. Leeds ist einer der bedeutendsten Industriestädte Englands. Neben der Wolltuchweberei finden wir die Konfektion in bedeutender Größe vor; auch befindet sich in Leeds die älteste Lokomotivfabrik, die über 1600 Arbeiter beschäftigt. Es waren hier wiederum verschiedene Beschäftigungen von Fabriken und Schulen vorgezogen. Ich entschloß mich für eine Schuhfabrik. Hier konnten wir einen unserer notwendigen Bedarfsartikel mit Hilfe moderner Arbeitsmaschinen (größtenteils deutsche Fabrikate) und unter größtmöglicher Arbeitsteilung, von der einfachsten bis zur luxuriösen Ausstattung entstehen sehen. Hierauf beschäftigten wir noch das Hospital, wo man uns die Bedeutung des Radiums vorführte. Es soll dies eine der größten Radiumfassungen sein, die existiert. Gleichzeitig konnten wir die Einwirkung elektrischer Lichtstrahlen an einer mit Lupus behafteten Patientin beobachten, die nach 2jähriger Behandlung einer langsamen Genesung entgegensteht.

Nach den Besichtigungen war Empfang durch die städtischen Behörden. Das Mittagmahl nahmen wir auf Einladung des Lord Mayor im Rathaus ein. Anschließend machten wir eine Fahrt nach dem Roundhay-Park. Unter den schattigen Bäumen tauschen wir manche heitere Erlebnisse der Tage aus, und die lustigen Reigen deutscher Volkslieder ließen weithin das Echo erschallen.

Am Abend fand im Kolosseum eine große Versammlung statt. Der über 300 Sänger zählende Leeds-Gesangverein erfreute uns mit einigen Chören. Der Bischof von Ripon feierte die Freundschaft, indem er darauf hinwies, daß Deutschland denke, Amerika erfinde, England schaffe, und so die Gaben der Menschheit zugute kommen. Der Lord Mayor von Drexford, ein Deutscher, der aber schon 49 Jahre in England weilt, begrüßte uns in seiner Muttersprache und betonte, nicht billige Lobspüche, sondern Ausdrücke brüderlicher Gefühle seien es, die uns begrüßten. Nach der Versammlung ging es in aller Eile den Quartieren zu. Diesmal hatte ich das Glück, einen deutschsprechenden Schweizer als Gastgeber zu erhalten. So hielten wir ernstere Unterredungen noch einige Stunden wach.

Am nächsten Morgen setzte sich der Zug in Bewegung, der uns nach der bekannten historischen Stätte Englands, der alten Römerstadt York, brachte.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 29. Oktober fällig ist.

Jahresbeitrag der christlichen Gewerkschaften 1911. Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften hat für die Kolonnen-

bibliotheken ein Exemplar bel. — Die von den Zahlstellen bestellten Exemplare können erst in der nächsten Woche versandt werden. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, Bestellungen bald zu machen, damit der Versand möglichst zusammen erfolgen kann.

Der Wegweiser ist erschienen und können Bestellungen erfolgen.

Die vom Militär zurückgekehrten Kollegen müssen unverzüglich ihre Bücher von der Zentralstelle zurückfordern. Die Zurückgabe der Bücher erfolgt nur dann, wenn seit der Entlassung vom Militär nicht mehr wie 6 Wochen zurückliegen. Wer länger wartet, verliert den Anspruch auf die Militärunterstützung und muß sich neu aufnehmen lassen.

Verlorene Bücher. Als verloren gemeldet wurden die auf folgende Namen ausgestellten Mitgliedsbücher:

- August Schneider, Buchnummer 13 784
- Job. Mich. Weber, „ 89 201
- Klemens Raters, „ 57 485
- Wilhelm Laß, „ 65 869
- August Mayer, „ 69 055

Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Stolberg Hstb., Gammelsdorf, Hstb., (Baufirma Riwit) Wiedenbrück.
- Pianoarbeiter: Bonn (Rühlgen).
- Rifen- und Riemenstreichmaschinen: Leichlingen.
- Zelluloidarbeiter: Troisdorf.
- Gold- und Polierarbeitenmacher: Lauterbach-Schwarzwalde (Joh. Haberstroh & Co.)

Tarifabschluss in Reheim-Hüsten. Nach achtstäglichem Streik wurde auch hier ein Tarifvertrag für das Schreiner- und Pianoergewerbe abgeschlossen. Außerordentlich groß waren die zu überwindenden Schwierigkeiten, welche hier, in einem der bedeutendsten Industrieviertel des Sauerlandes, einer tariflichen Regelung durch eine Arbeiterorganisation entgegen standen. Nachdem wir schon seit Monaten bestrebt waren, mit den Arbeitgebern auf friedlichem Wege eine Verständigung zu erlangen, jedoch einige Arbeitgeber schon offen die Meinung ausgesprochen hatten, wir machten doch nicht Ernst, haben wir uns veranlaßt die Kündigung einzureichen. Das haben darauf unsere Kollegen aber auch mit einer solchen Geschlossenheit gemacht, wie es die Arbeitgeber nicht erwartet hatten. Jetzt versuchten einige Arbeitgeber durch einzelne Abmachungen und Versprechungen zu erreichen, daß die Kündigung zurückgenommen würde. Aber auch dieses schlug fehl. Geschlossen gingen die Kollegen aus den Betrieben heraus und geschlossen standen sie auch während des Streikes. Es konnte daher auch nicht lange dauern, bis sich die Arbeitgeber zu Verhandlungen mit den Vertretern unseres Verbandes herbeiließen und dadurch unsere Organisation anerkannten, wogegen sie sich bisher am meisten geirrt hatten. Da es nun nicht möglich war, auf dem Wege der Verhandlungen eine Arbeitszeitverkürzung unter 10 Stunden zu erlangen und unsere Kollegen die Weiterführung des Kampfes nicht wünschten, haben wir den Tarifvertrag nur bis 1. Mai 1918 abgeschlossen. Unter Zugrundelegung eines Durchschnittslohnes von 45 Pfg. pro Stunde werden alle Löhne ab 1. Oktober 1911 um 2 Pfg. pro Stk. erhöht. In demselben Maße werden die Akkordpreise prozentualer erhöht. Die übrigen Vertragsbestimmungen entsprechen denjenigen des allgemeinen Vertragsmusters für das Ruhrrevier. Die Grundlagen für geordnete Arbeitsverhältnisse sind somit geschaffen. An unseren Kollegen liegt es nun, das Erreungene hochzuhalten, damit wir weiter vorwärts kommen. So wie jetzt unser Verband in Reheim-Hüsten, Arnberg, Herforn, Letmathe schöne Vorteile für die Kollegen geschaffen hat, muß es im ganzen Sauerlande geschehen. Das wird möglich sein, wenn unsere bestehenden Zahlstellen sich auch um die Gewinnung der Kollegen in der Nachbarschaft bemühen. Möge also der Erfolg in Reheim-Hüsten dazu beitragen, daß unser Verband im ganzen Sauerlande zur Einführung gelangt.

NB. Die beiden Baufirmen, Franz Riwit und Theodor Riwit haben den Tarifvertrag noch nicht anerkannt. Zugang zu diesen Firmen in Hüsten ist nach wie vor fernzuhalten.

Erfolg in Crancenburg bei Cleve. Durch mehrfache Verhandlungen mit den Inhabern der hiesigen „Nieder rheinischen Kammerfabrik“ gelang es, auf friedlichem Wege eine Verkürzung der bisherigen 10 1/2 stündigen Arbeitszeit auf 10 Stunden zu erreichen. Ebenso wurden die Akkordpreise einer Revision unterzogen und gelang es auch hier, in den meisten Fällen eine Einigung zu erzielen. Nachdem der erste wesentliche Erfolg erzielt worden ist, sollen sich die Mitglieder auch nicht von irgend einer Seite her, irre machen lassen. Was vor zwei Jahren im Betriebe vorgegangen ist, könnte sich eventl. wiederholen, deshalb müssen die Kollegen vor wie nach eifrig und fest zusammenhalten. Sie müssen zeigen, daß am Niederrhein der gesunde gewerkschaftliche Geist eingezogen ist, und sich nicht mehr vertreiben läßt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Modell- und Fabriksschreiner.

Düsseldorf. Die Bewegung in den Maschinenfabriken und Eisenwerken hat einen vorläufigen Abschluss gefunden. Die Arbeit-

Arbeiter am Montag den 9. Oktober nach einem achtwöchentlichen Kampfe in den noch bestreikten fünf Betrieben zu den Bedingungen wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber erklärten, sie wollten den Arbeitern gerne alles bewilligen, wenn die Arbeit sofort aufgenommen würde, da sie nicht in der Lage seien, während des Streiks zu bewilligen, zumal im Verein der hiesigen Eisen- und Stahlindustriellen, welchem sie angehörten, Arbeit und Stinnes das Fest in der Hand hätten. So hat die bedeutungsvolle Bewegung einen Abbruch gefunden, die, wenn auch nicht in allen Teilen befriedigend, so doch wesentliche Erfolge zeitigte. An die 5000, in 42 Betrieben beschäftigte Arbeiter, erhielten eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden die Woche mit entsprechendem Lohnausgleich, sowie eine Menge anderer Verbesserungen. Zweifellos wäre der Erfolg ein durchgreifender gewesen, hätten die Arbeiter beizeiten sich dem Verbande angeschlossen, damit die organisierte Arbeiterschaft die Mehrzahl stellte. Das trifft nicht nur auf die Metallarbeiter, sondern auch auf die Modellschreiner zu. Nur zu einem kleinen Teile sind sie bisher organisiert. Eingehend der „Lebensstellungen“ glauben sie den Verband nicht notwendig zu haben. Möchten sie nur von den Unternehmern lernen, die nicht nur einen eisernen Zwang auf ihre Mitglieder ausüben, sondern die jedes einzelne Mitglied in der Hand haben! — Kollegen, es ist auch bei uns möglich, Erfolge zu erzielen, wenn nur jeder seine Pflicht tut. Können wir auch die Modellschreiner dazu beitragen, daß das zwanzigtausendste Mitglied bald in unsere Reihen aufgenommen wird. Bewiß! Deshalb vorwärts zu neuen Erfolgen!

Sterbefasel.

August Steindl, Schreiner, gestorben zu München. Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Eine Lehre für die lauen und die langsamen Mitglieder ist die am Donnerstag, den 19. Okt. stattgefundene Gewerkschaftswahl zur Schreinerzunft in Düsseldorf gegeben. 324 Stimmen wurden abgegeben; von diesen fielen auf unsere Liste 160 Stimmen und auf die des roten Holzarbeiterverbandes 164. Mit der knappen 4 Stimmenmehrheit siegte „der große rote Bruder“ über den „kleinen“ christlichen. Auch diese fehlenden Stimmen wären zu holen gewesen, hätten alle Kollegen für eine Legitimation beizeiten gesorgt, so aber kamen 10 anwesende Kollegen nicht wählen, weil sie dieses versäumt hatten. Diese Wahl hat mal wieder deutlich gezeigt, daß dem „großen Bruder“ schon noch beizukommen ist, wenn sich nur alle unsere Kollegen ihrer Pflicht bewußt sind und jeder die Abgabe seiner Stimme für unbedingt notwendig hält.

Christlich organisierte Holzarbeiter in Belgien gibt es nach dem neuesten Bericht 4278 in 69 Vereinigungen. Gegenüber dem im Vorjahre erschienenen Bericht bedeutet das ein Mehr von 11 Vereinigungen und 480 Mitgliedern. 49 von den obengenannten Vereinigungen mit 3144 Mitgliedern bilden den „Belgisch Houtbewerksverband“, während der Rest lokale Organisationen darstellt. Die höchste Zahl christlich organisierter Holzarbeiter findet sich mit 626 Mitgliedern in drei Vereinigungen in Mecheln, dem Hauptort der belgischen Möbelindustrie und dem Sitz des Verbandes. Brüssel zählt 511, Gent 186 Mitglieder. Sein Hauptverbreitungsgebiet hat der Verband in dem flämisch sprechenden Teile der Bevölkerung. Das Organ des Verbandes, „De Belgische Houtbewerker“ bemerkt, daß es an der Zeit sei, daß auch die noch fernliegenden lokalen Organisationen sich dem Verbande anschließen, damit sie aus ihrer Ohnmacht zu innerer Kraft und Regsamkeit erwachen könnten. Wir wünschen unserem belgischen Bruderverbande auch fernerhin gute Fortschritte auf allen Gebieten, insbesondere, daß seine Bemühungen zur Durchführung einer strafferen Zentralisation Erfolg haben mögen. Die großen Vorteile derselben müssen jedem, der sich frei von Kirchsumspolitik weiß, ohne weiteres einleuchten.

Jakob Mühl, der Streikaktive des roten Böttcherverbandes. Einer der unseren Verband ausschalten wollte und dabei selbst ausgeschaltet wurde, ist der Beamte des sozialdemokratischen Böttcherverbandes Jakob Mühl in München. Er kann sich absolut nicht damit abfinden, daß unser Verband auch unter den Schächlern agitiert und immer mehr Anhänger findet. Es wurmt in ihm schon lange, daß er nicht mehr unbeschränkt über die Schächler in München regieren kann und daß dort schon seit einigen Jahren unser Verband, gegen seinen Willen, an den Tarifbewegungen der Schächler teilnimmt. Gar stark läßt er sich seine Wut über unsere Vertreter anmerken. Ist er gezwungen in Gegenwart der Christlichen mit zu verhandeln, wie dies z. B. bei den Brauereien der Fall war, dann findet er es unter seiner Würde, in dem die Schächler berührenden Fragen mit unseren Kollegen zu sprechen, ja er beachtet sie kaum mit einem Blick, worüber sich allerdings noch niemand aufzuregen braucht. Diesen künstlerischen Verunsinnelten und wenig geschickten Stolz hat der Jakob zum guten Teil von seinen früheren Bezirksgegnern und gewerkschaftlichen Lehrmeister Seel aus Mainz übernommen. Dieser Seel, der jetzt Konsumvereinsangehöriger ist, hat unsere Organisation mit einem demokratischen Haß bekämpft. In einem Betrieb in München, in dem wir von ca. 50 Beschäftigten die Hälfte als Mitglieder haben, hatte es Seel seinerzeit abgelehnt, mit uns gemeinsam Verhandlungen zu führen. Diese geradezu krankhafte Prozigkeit hat ihm allerdings nichts genützt, denn unser Verband hat auch ohne Seel einen für die Arbeiter günstigen Vertrag abgeschlossen. Für die Genossenschaftler Seel und Mühl ist bei der Bewegung nur soviel herausgekommen, daß unsere Kollegen noch mehr als es schon der Fall war, von der roten Organisation abgestoßen wurden.

Die „Vorbeeren“ des Genossen Seel lassen seinen getreuen Schüler Jakob nicht ruhen, denn was der erstere in München begonnen hat, scheint nun Jakob auch anderwärts fortsetzen zu wollen. Genau wie seinerzeit in München, glaubte Jakob auch diesmal in Augsburg den „Geschwollenen“ spielen zu können, was ihm aber recht übel bekommen ist. Begonnen hat er sein Werk damit, daß er gegen den Willen seiner

eigenen Leute den von unseren Schächler-Kollegen zu einer öffentlichen Schächler-Versammlung mitgebrachten Augsburger Zahlstellenvertreter aus der Versammlung wies. Damit hat er, um beim Handwerk zu bleiben, dem Faß den Boden ausgeschlagen. Dieses Verhalten des Jakob hat die noch nicht organisierten Schächler direkt abgestoßen und sie auch aus innerer Ueberzeugung in unsere Reihen geführt. Das war der erste Erfolg der Seel'schen Taktik. Doch das reichte noch nicht dazu aus, um dem verblendeten Jakob die Augen zu öffnen. Als nach einer Versammlung wir im Interesse der Arbeiter uns bemühten, ein einiges Vorgehen herbeizuführen und zu diesem Zwecke der Kollege Blaser persönlich mit dem Vorstand der Roten Rücksprache nahm, wurde der Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens von dem zufällig dabei anwesenden Jakob entschieden abgelehnt. Die Konsequenzen seiner Stellungnahme wollte er schon tragen und die christliche Organisation brauche er nicht, erklärte Jakob, der stolze Genossenschaftler.

„Auch nicht übel!“ erklärten nun unsere Kollegen, „dann gehen wir halt selbständig vor,“ und den Arbeitgebern wurde ein neuer Tarifentwurf unterbreitet. Jakob wurde dann seitens der Meister eine glatte Abgabe zuteil, aber auch uns antworteten die plötzlich vereinigten Meister, auf einen Vorschlag sich nicht einlassen zu wollen. Eine kurze Aussprache mit dem Führer der Meister bewirkte die Anberaumung einer Verhandlung, die aber noch zu keinem Resultat führte. Eine weitere Zusammenkunft unserer Kommission mit sämtlichen Meistern war notwendig, um sie zum Nachgeben und zum Abschluß eines Vertrages zu bewegen. Schließlich erreichten wir soviel, daß die Kollegen sich mit den festgesetzten Bedingungen einmütig zufrieden gaben. Inzwischen wartete Jakob auf dem Gewerbegericht auf die Meister, die aber nicht kamen. Das Augsburger Genossenblatt die „Schwäbische Volkszeitung“ hefte fleißig gegen uns und schrieb, während wir in Verhandlung standen, davon, daß wir keine Mitglieder hätten, oder solche nur in der Phantasie der christl. Macher beständen. Als aber auch dieser Schwindel seine Wirkung gegen uns verlor, ließ Jakob zu einigen Meistern und versuchte, mit schönen Worten und Drohungen sie zur Verhandlung mit ihm zu bewegen. Am gleichen Tage, an dem Jakob die Meister aufsuchte und dabei abgewiesen wurde, haben wir den Vertrag abgeschlossen. Am gleichen Tage zeitigten sich für Jakob die Früchte seiner Prozenhaftigkeit, denn er selbst hatte sich von der Mitarbeit an der Verbesserung der Lage der Schächler in Augsburg ausgeschaltet.

Die roten Schächler erhalten in Augsburg Vorteile, die ihnen von den Vertretern unseres Verbandes erstritten werden mußten. Das ist eine bittere, aber gerechte Lektion für Leute vom Schlage eines Mühl, und auch die größte Heze in der roten Presse wird diese Niesenblamage nie verdecken.

Nun hat Mühl in seinem Zorn einen Teil der Schächler, (soweit ihm überhaupt noch Folgschaft geleistet wird) in den Streik getrieben. Was er damit bezwecken will oder wird, ist das angewendete Geld nicht wert. Es wird eine hinausgeworfene Summe sein, die den Arbeitern mehr Schaden als Nutzen bringen kann. Sollte aber der ganze Schaden, der dem Jakob durch sein Verhalten an Ansehen und dem Verband an Geld erwachsen ist, dazu reichen, daß seitens der Leitung des Böttcherverbandes eine vernünftigerer Taktik eingeschlagen wird, dann werden in Zukunft die Interessen der Schächler besser gewahrt werden, und die „Genossen“ eriparen sich manche Blamage.

Der sozialdemokratische Charakter des Tapeziererverbandes geht wieder einmal aus folgenden Bericht seines Korrespondenzblattes hervor:

„In Danzig waren am 9. September trotz aller Agitation von 76 organisierten Kollegen nur 46 erschienen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier dank der strammen Organisation vorbildlich. Von den 6 bis 7 Nichtorganisierten war keiner erschienen. Einige hoffen man trotzdem für den Verband gewinnen zu können. Da die Danziger Kollegen im gewerkschaftlichen Kampf ihren Mann stellen, sollten sie es nicht versäumen, und sich auch in politischer Hinsicht mehr betätigen. Nicht nur Leser des Parteiblattes sein, sondern auch Parteimitglied werden. Da muß noch fleißig gearbeitet werden, damit das jetzt wöchentlich erscheinende Parteiblatt täglich erscheinen und mehr Aufklärung verbreiten kann.“

Der Tapeziererverband hat bekanntlich im Frühjahr dieses Jahres in Danzig einen Monopolvertrag mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen, durch den alle Tapezierer in den sozialdemokratischen Verband gezwungen werden sollen. Unser Verband hatte sich dem damals mit aller Kraft widersetzt, drang aber nicht durch. Wenn die Pressung aller Tapezierer — der christliche Verband zählt heute noch seine damals angegebene Zahl — nicht geglückt ist, so ist dieses der Entschiedenheit dieser Arbeiter und dem loyalen Verhalten einer Anzahl Arbeitgeber zu verdanken, welche trotz des Monopols christlich organisierte Gehülften beschäftigen und sich nicht der sozialdemokratischen Willkür beugen.

Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. Eine in Oberhausen stattgefundene Konferenz von Vertretern aller Bergarbeiterorganisationen sprach sich dahin aus, daß die Löhne der Bergarbeiter angesichts der herrschenden Teuerung in allen Revieren zu niedrig seien. Einstimmig wurde betont, daß die Werkbesitzer auf Grund ihrer bisherigen Betriebsergebnisse in der Lage seien, die Löhne ausreißend zu erhöhen. Ueber die gepflogenen Verhandlungen werden die Vertreter an ihre Organisationen Bericht erstatten.

Zigarettenarbeiterausperrung. Kaum ist die Zigarettenarbeiterausperrung am Niederrhein beendet, da erfolgt eine neue Aussperrung im Minden-Ravensbergerlande. Es kommen ca. 7000 Arbeiter in Betracht, wovon ca. 2000 Mitglieder des christlichen Tabakarbeiterverbandes sind.

Gewerkschaftliche Neutralität. In der Zittauer Morgenzeitung (18. Oktober) leitartikel der Redakteur der „Eiche“ (Organ des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter)

L. Bleicher über die deutschen Gewerkschaften und die Parteien Bleicher will eine Neutralität der „freien“ und der christlichen Gewerkschaften nicht gestatten lassen. Von den christlichen Gewerkschaften, resp. deren Presse sagt er, „daß die letztere vollständig in den Bahnen des schwarzblauen Blocks wandelt und die Politik des Zentrums und der Konservativen unbeeinträchtigt. Diese Wahrnehmung können wir jetzt kurz vor den Reichstagswahlen in verstärktem Maße machen.“ Es dürfte Bleicher schwer halten, für diese Behauptungen den Nachweis zu erbringen. Allerdings sei das eine zugegeben, daß die christlichen Gewerkschaften der Wesensart des „Berliner Tageblattes“ abhold sind, ja sein müssen. Wären sie das nicht, so würden sie ihren deutschen und ihren christlichen Charakter verleugnen. Einer staatsbürgerlichen Auffassung, wie sie das „Berliner Tageblatt“ vertritt, können daher die christlichen Gewerkschaften nicht neutral gegenüberstehen. Dafür wird jeder vernünftige Mensch ein Einsehen haben. Im übrigen halten's die christlichen Gewerkschaften mit dem Dichter, der sagt, daß „jeder echte deutsche Mann soll Freund und Bruder heißen.“ Festgestellt sei aber, daß die Neutralität der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften auch nicht weiter reicht, als die der christlichen Gewerkschaften. Bleicher will das zwar bestreiten, sagt aber dennoch in seinem Artikel:

„Die deutschen Gewerkschaften endlich, die der liberalen Weltanschauung zuneigen — — —“

„Der Liberalismus wird wieder eine wirkliche Volkspartei sein, wenn er in seinen Reihen mehr wie bisher die Arbeiter organisiert. Daß er sich dabei zunächst an die Kreise wendet, die ihm auf Grund ihrer Weltanschauung am nächsten stehen, ist erklärlich, und das sind die deutschen Gewerkschaften.“

Also: die christliche, die liberale Weltanschauung. Einer abstrakten Neutralität haben die christlichen Gewerkschaften deshalb nie gehuldigt und die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften erst recht nicht. In dieser Beziehung hat somit einem dem andern nichts vorzumerken. Es genügt für uns, festzustellen, daß in den christlichen Gewerkschaften sich Anhänger aller bürgerlichen Parteien vorfinden, selbst Laufende Angehörige solcher Parteien, die nicht zum sog. „schwarz-blauen Block“ gehören.

Soziale Rundschau.

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Zu diesem Kapitel berichtet die „Baugewerkschaft“ über einen traurigen Fall der Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch einen Gendarmen in Bottrop: Am Freitag, den 22. September, fand eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes im Lokal Groß-Lohmann in Bottrop, Horsterstraße, statt. Während der Referent Kollege Krefz-Gladbeck referierte, erschien der Gendarmenwachtmann Grochdtreis-Bottrop und erkundigte sich nach der Art der Versammlung. Als ihm vom Vorsitzenden mehrmals erklärt wurde, daß es eine Mitglieder-versammlung sei, die nach dem Reichsvereinsgesetz einer Anmeldung nicht bedürfe, behauptete er, daß dieselbe anmeldspflichtig sei, weil diese in einem anderen Lokale als früher abgehalten würde. Mindestens müßte aber eine Tafel oder ein Schild im Lokale hängen, woraus ersichtlich sei, daß der Verein hier tage und die Versammlung bekanntgegeben würde. Der Referent machte den Gendarmenwachtmann nochmals auf die Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes aufmerksam, worauf er sich entfernte. Kurz nach 10 Uhr erschien er wieder im Versammlungslokal und verlangte Feierabend, sich berufend auf die Feierabendstunde. Der Vorsitzende sowie der Referent erklärten ihm nochmals, daß es eine Mitglieder-versammlung sei, somit eine geschlossene Gesellschaft. Da durch das rabiate Vorgehen desselben die Versammlung in ihrem ruhigen Fortgang erheblich gestört wurde, forderte der Vorsitzende sowie der Referent den Wachtmann auf, das Versammlungslokal zu verlassen, welches auch für einige Augenblicke geschah. Dann kam er voll wilder Wut herein-gestürzt, um das Versammlungslokal gewaltsam zu säubern. Der Leiter erkannte den Ernst der Situation und erklärte Schluß der Versammlung. In demselben Moment wurde Kollege Krefz als verhaftet erklärt. Als dieser forderte, daß ihm so lange Zeit gelassen würde, seine Geschäftsbücher einzupacken, da es sich um einen großen Wert handelte, wurde der Beamte tödlich, zog den Revolver und drohte mit Niederschießen. Dadurch wurde nun die Versammlung begreiflicherweise aufgeregt, und es bedurfte der größten Anstrengung des Vorsitzenden, um größeren Unheil zu verhüten. Es scheint, daß bei den Polizeibeamten vielfach noch nicht jene Klarheit über das Reichsvereinsgesetz besteht, wie es der Fall sein müßte. In diesem Falle handelt es sich um einen ganz besonders traurigen Uebergriß, denn wie leicht konnte im Tumult der eine oder andere Schaden leiden. Gegen den Beamten ist sofort Klage wegen Hausfriedensbruchs und Bedrohung, sowie Beschwerde bei der Regierung eingereicht worden.

Nachklänge vom Jenaer Parteitage. In den Berliner sozialdemokratischen Versammlungen, in denen über die Parteitage Bericht erstattet wird, werden alljährlich ganz interessante Nachklänge laut. Auch in diesem Jahre ist das der Fall. Die Kritik der Berliner Genossen an dem Parteitage und an einzelnen Vorgängen war zum Teil recht scharf. So meinte Wels, der Parteitag solle der Ausdruck des Willens des gesamten Proletariats sein, aber nicht der Ausdruck einer Meinung, die von einzelnen Kliquen und Personen in demagogischer Weise gemacht werde. Ledebour wurde nachgesagt, daß er giftige, gehässige Angriffe gegen den Parteivorstand gerichtet habe. Bemerkenswert ist vor allem, was Wels über eine Sonderzusage eines Ausschusses der Linken, des sog. „Wohlfahrtsausschusses“, der ein „Nebenregierung in der Partei“ bildete, nach dem Bericht des Vorwärts ausführte:

„Es handelt sich nicht um Lebensinteressen der Partei, sondern der Parteiführung um die Absicht, fast den ganzen Parteivorstand

zu fügen. Für solche hinterlistige Abmurrung konnte ich mich nicht erwärmen. Wir haben dann in der Berlin-Brandenburger Delegation dagegen Protest erhoben. Ich billige es nicht, daß die rechte Seite besonders zusammentritt, um die linke Seite zu überstimmen und kann es deshalb auch nicht billigen, wenn die linke daselbe tut. Durch das Nebeneinanderliegen von zwei gesonderten Parlamenten muß doch der Zwist in der Partei verstärkt werden. Dadurch wird der Konfliktsstoff berast angehäuft, daß, wenn diese Taktik noch auf drei bis vier Parteitagen fortgesetzt wird, die Spaltung der Partei die notwendige Folge ist. Die hinterhältige Art der Diskussion, wo jeder, der nicht mit Stadthagen, Rosa Luxemburg und Ledebour einverstanden ist, zu den Revisionisten geworfen wird, muß aufschärfte geübt werden. Wer ist denn heute nach Ansicht dieser Genossen noch radikal? ... Dem Fühlerin der sieben Ausreichten fehlt der Mut der Konsequenz, sonst müßten sie den Parlamentarismus verurteilen und zu anderen Mitteln greifen."

In einem anderen Wahlkreise wurde dagegen eine Resolution vorgeschlagen, in der das Bedauern ausgesprochen wird, daß auf dem Parteitage gegen Ledebour persönlich gehässige Angriffe gerichtet worden seien. Insbesondere werden in der Entschliessung, über die noch abgestimmt werden soll, die „von maßloser Ueberhebung zeugenden Angriffe“ Wels' gegen Ledebour aufs entschiedenste zurückgewiesen. In einer weiteren Versammlung wurde geäußert: man müsse das persönliche Regiment des Genossen Wels befechtigen und ihn in die gebührenden Schranken zurückweisen. Der Kultus und der Servilismus nach oben müsse aufhören. Ferner wurden herbe Urteile über Rosa Luxemburg gefällt. Man warf ihr Völlerei und Niederträchtigkeit vor und meinte, daß die Veröffentlichung ihres bekannten Artikels in der Leipziger Volkszeitung mit Recht Erregung und Entrüstung unter den Parteigenossen hervorgerufen habe.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Angst vor den Gewerkschaften haben die Korbmachermeister in Siegmünz. Nach dem „Siegmünzer Anzeiger Nr. 246“ beschäftigte sich die dortige Korbmacherinnung in ihrer Versammlung vom 16. Oktober mit einem Schreiben der Gehilfen der Korbmöbelbranche, das eine Lohnerböhung fordert. Der Obermeister der Innung selbst vertrat nach der genannten Zeitung die Forderung der Gehilfen mit „sehr beredten Worten“: man solle die Bitte derselben nicht zurückweisen, um sie nicht in die Verbände zu treiben usw., da der Verdienst der Korbmacher sehr zu wünschen übrig lasse. Nach längerer Prüfung der Forderung wurde eine Erhöhung der Löhne einstimmig bewilligt. Da der Nutzen dieser Fabrikation ein sehr minimaler sei, so beschloß die Versammlung, die die Preise für Korbmöbel um 6 Prozent zu erhöhen. Die väterliche Art, mit der die Siegmünzer Korbmachermeister ihre Gehilfen zu behandeln wissen, verdient allerlei Bewunderung. Man sieht daran, wie es in unserer so verdorbenen modernen Zeit, auch noch „Dagen der guten alten Zeit“ gibt. Nur ist sehr daran zu zweifeln, daß die Siegmünzer Korbmachergehilfen zum auch wirklich der Organisation fernbleiben. Wenn sie schon sind, gehen sie in die Verbände, (oder was wahrscheinlicher klingt, sie bleiben darin) und nehmen die 6% Lohnerböhung dann. Wenn die Siegmünzer Korbmachermeister recht häufig 6 prozentige Lohnzulagen geben, brauchen sie nichts von den Verbänden zu befürchten. Die Angst ist deshalb vor diesen unnötig.

Soziale Rechtsprechung.

Berufsvereinerung. In Dresden traten eine Anzahl Zimmermeister aus dem jöhd. Zimmererverbände aus, um eine freie Vereinigung zu gründen. Das passte den Zimmererverbändlern nicht und legten sie an einem Mann die Arbeit nieder, um die Mitglieder der „freien Vereinigung“ herauszubeißen. Der Lokalbeamte des jöhd. Zimmererverbandes soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, wer mit den Leuten von der „freien Vereinigung“ zusammen arbeite, werde ausgeschlossen und wie ein Strafbrecher behandelt. Das Gericht diktierte ihm dafür zwei Wochen Gefängnis.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die deutschen Waggonfabriken. Zur Hochhaltung der Preise und zur Verteilung der Arbeit untereinander haben sich 16 Waggonfabriken zur „Norddeutschen Waggonbauvereinigung“ zusammenschlossen. Es sind dies die Werke: von der Hagen & Scharrer, Köln-Deutz; Linde, Breslau; Lüders, Götting; Düsseldorf; Eisenbahnbau-Gesellschaft, Gebr. Sauer, Mainz; Germania Waggonfabrik, Köln-Schrenk; Hofmann

Waggonfabrik, Breslau; Degmann & Co., Kassel; G. Dietrich in Reichshofen (Elsass); Killing u. Sohn, Hagen; Steinfurter Waggonfabrik; Goffen in Aachen; Eisenindustrie-Akt.-Ges. Hartort in Duisburg; Talbot & Co., Aachen; Beuchel & Co., Grünberg; Danziger Waggonfabrik. — Nicht angeschlossen sind der Vereinigung die Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg; die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg; die Gotthard Waggonfabrik; die Waggonfabrik Uerdingen; die Dessauer Waggonfabrik; die Waggonfabriken des Bochumer Gußstahlvereins; der Dortmunder Union (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges.); der Laurahütte; die Akt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf in Weimar; die Hannoverische Waggonfabrik in Ricklingen; die Rastatter Waggonfabrik; die Waggonfabrik Dittmar in Mecklenburg; die Drenstein & Koppel-Gesellschaft in Berlin, die Norddeutsche Waggonfabrik in Bremen, die Waggonfabrik Rätternburg in Nassau; die Firmen Lindner in Halle; Gebr. Büttgen in Burbach; Both & Lillmann und verschiedene andere.

Stinnes in der Holzindustrie. Herr Hugo Stinnes, einer der Kapitalgewaltigen im Ruhrrevier, hat in Schweden größere Waldbankäufe gemacht. Wie neuerdings verlautet, geht Herr Stinnes mit dem Plane um, die schwedische Holzbearbeitungs-Industrie zu syndizieren und den Hauptstich derselben nach Deutschland zu ziehen. Es kommt hauptsächlich die Fabrikation von Lüren in Betracht. Das Holz-Syndikat im Sinne des Herrn Stinnes würde in erster Linie eine einheitliche Preisfestsetzung zur Grundlage haben. Inwiefern das schwedisch-deutsche Holzsyndikat Einfluß auf die deutsche Holzbearbeitungs-Industrie haben wird, läßt sich vorerst noch garnicht übersehen; auf jeden Fall beabsichtigt Herr Stinnes seinen gewaltigen industriellen Unternehmungen auf dem Gebiete der Eisen- und Kohlen-Produktion auch noch die Holz-Industrie anzugliedern. Die Dortmunder Union hat einen großen Holzbedarf, denn mit dem Eisen- und Stahlwerk ist auch eine Fabrik für Waggonbau verbunden, die von erheblichem Umfange ist und die von der Luxemburgischen Berg- und Hütten-Aktiengesellschaft noch weiter ausgebaut werden soll. Damit steht auch zweifellos der Waldbankauf des Herrn Stinnes in Schweden in ursächlichem Zusammenhange.

Die Ausfuhr von Holzwaren. Das Exportgeschäft der deutschen Holzindustrie, das sich in den Monaten April bis Juli ziemlich ungünstig gestaltete, hat sich im August ganz wesentlich gehoben. Die Gesamtexportausfuhr von Holzwaren belief sich auf 66 292 Doppelzentner gegen 61 121 Doppelzentner im vorjährigen Vergleichsmonat. In den ersten acht Monaten 1911 wurden 453 070 Doppelzentner exportiert, das sind 815 Doppelzentner oder 0,20 Prozent weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr ist in den Monaten Januar bis August um 34,62 auf 38,23 Millionen Mark gestiegen. Am ungünstigsten lagen die Absatzverhältnisse im Auslande für Häfen und Böttcherwaren. Die Ausfuhr ist von 119 263 Doppelzentner auf 112 925 Doppelzentner zurückgegangen. Relativ stark abgenommen hat auch der Export von Furnieren, Holztafeln, Paneelen und Tafelböden. Er betrug in diesem Jahre 14 288 Doppelzentner, das sind 3885 Doppelzentner weniger als im Vorjahre. Die Ausfuhr von groben, bearbeiteten Holzwaren betrug sich auf 79 279 Doppelzentner, sie blieb also um 3085 Doppelzentner unter dem vorjährigen Niveau. Eine erhebliche Steigerung erfuhr der Export von groben bearbeiteten Holzwaren. Er erhöhte sich von 67 145 Doppelzentner auf 79 279 Doppelzentner. Holzspinde, Holzstiele usw. wurden 17 004 Doppelzentner ausgeführt, gegen 15 655 Doppelzentner in den ersten acht Monaten 1910. Die Möbelfabriken setzten von ihren Erzeugnissen 36 314 Doppelzentner im Auslande ab. Im Vorjahre hatten sie 37 568 Doppelzentner ausgeführt. Die Ausfuhr von feinen Holzwaren stieg von 61 735 Doppelzentner auf 62 832 Doppelzentner. Eine ganz wesentliche Zunahme erfuhr der Export von Besen, Bürsten, Pinseln und Strohwaren. Er betrug sich in den ersten acht Monaten 1911 auf 20 046 Doppelzentner gegen 17 974 Doppelzentner im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich eine Steigerung von 7,26 auf 7,87 Millionen Mark.

Erste künftige mechanische Käferei Akt.-Ges. vormalig Frühjahrs- und Schillingheim. Für 1910/11 verzeichnet die Gesellschaft bei unverändert je 500 000 Aktienkapital und Anteilsschuld nach 21 711 (i. B. 21 353) Abschreibungen einen Reingewinn von 84 023 (Mk. 63 273) und verteilt daraus wieder 6 pSt. Dividende. Das Warenlager ist mit 747 501 (Mk. 746 491) bewertet.

Bereinigte Möbelfabriken „Germania“, Bad Nauertberg a. S. Die Verwaltung des Unternehmens teilt mit, daß sich die Umsatzsteuern und die Verkaufspreise während des letzten Geschäftsjahres in aufsteigender Linie bewegten. Die Aufträge seien z. H. so zahlreich, daß mit Ueberstunden gearbeitet werden müsse. Wenn das letzte Geschäftsjahr auch noch keine Dividende gebracht habe, so hoffe man doch, nach Durchführung des Reorganisationsprogramms Gewinne zu erzielen. Durch die bei der Gründung der Gesellschaft eingebrachten Einzelbetriebe habe nicht rationell gewirtschaftet werden können. Jetzt werde ein Zentralbetrieb gewahrt und die Einzelbetriebe gelangen zum Verkauf. Bei dem Verkauf würden sich erhebliche Buchverluste ergeben. Es seien des-

halb bisher schon erhebliche Abschreibungen auf die Buchwerte der einzelnen Betriebe erfolgt. Man bege Begründete Ansicht, das Reorganisationsprogramm erfolgreich durchzuführen zu können. — Vielleicht nimmt der Hansabund Veranlassung an dem Weggange dieses Unternehmens zu untersuchen, weshalb in der Holzindustrie die Gewinne der Aktien-Gesellschaften in Verhältnis zu anderen Unternehmungen gering sind. Prüft er objektiv, so wird er schon zur Ueberzeugung gelangen, daß es nicht die sozialen und öffentlich rechtlichen Lasten und Abgaben sind, die die Rentabilität in Frage stellen.

Leipziger Pianofortefabrik. Gebr. Zimmermann Akt.-Ges. in Müllau bei Leipzig. Die Generalversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent. Ein schließlich eines Vortrages von 71 766,73 Mk. brachte das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn von 448 885,80 Mk. Das Grundkapital soll infolge Betriebserweiterungen von 1 400 000 Mk. auf 1 900 000 Mk. erhöht werden. Wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, sind in drei Monaten des neuen Geschäftsjahres 172 Pianos mehr ausgeliefert worden, als im vorhergegangenen Jahre.

Die Akt.-Ges. für Bürstenindustrie in Strigau schlägt der Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent, wie im Vorjahre vor.

Meißnische Fabrik vorm. Johann Faber A.-G. in Nürnberg. An den Börsen sind 400 000 Mk. neue Aktien dieser Gesellschaft zum Handel zugelassen worden. Das Grundkapital von ursprünglich 2 800 000 Mk. betrug infolge zweifacher Erhöhung um je 200 000 Mk. seit dem Jahre 1898 3 200 000 Mk. In der Generalversammlung 1911 wurde zwecks Betriebserweiterungen und Verklärung der Betriebsmittel die Erhöhung des Grundkapitals um 400 000 Mk. neue für das Geschäftsjahr 1911/12 dividendenberechtigten Aktien beschlossen. Die erwähnten Betriebserweiterungen nehmen von den der Gesellschaft durch die Kapitalerhöhung zugeflossenen Mitteln zirka 500 000 Mk. in Anspruch und werden voraussichtlich bis Ende dieses Jahres durchgeführt sein. Die Gesellschaft hat für die Geschäftsjahre 1906/07 bis 1909/10 je 15 % Dividende auf ein Aktienkapital von 3 200 000 Mk. verteilt. Zu Beginn des Geschäftsjahres 1910/11 wurde die Gesellschaft durch den Streik in der Nürnberger Bleistiftindustrie betroffen, der erst nach vierteljähriger Dauer gegen Ende September 1910 beendet wurde. Trotzdem ist es gelungen, für das verflossene Geschäftsjahr einen Gewinn zu erzielen, welcher die Verteilung der gleichen Dividende von 15 % auf 3 200 000 Mk. Aktienkapital wie in den Vorjahren ermöglichte. Die Gesellschaft war in den abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres gut beschäftigt und ist nach einer Meldung des Berliner „Börse Courier“ mit Aufträgen zu „lohnenden Preisen in recht befriedigendem Maße“ versehen.

Sächsischer Waggonfabrik Werbau A.-G. Dieses Unternehmen, das z. H. gut beschäftigt sein soll, verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Prozent. Im Vorjahre wurde die gleiche Dividende ausgeteilt.

Die Gotthard Waggonfabrik A.-G. erzielte im Jahre 1910/11 einen Rohgewinn von 759 148 (i. B. 805 158) Mk. Die Unkosten ermäßigten sich von 262 879 auf 247 652 Mk., die Abschreibungen von 164 889 auf 157 085 Mk. Es soll wiederum eine Dividende von 10 Pr. auf die Vorzugsaktien und von 7 1/2 Pr. auf die Stammaktien verteilt werden. Der Umsatz der Gesellschaft stellte sich im Berichtsjahre auf 4 987 016 Mk. (i. B. 4 110 605 Mk.) Es ist beabsichtigt, eine Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Mark vorzunehmen.

Adressenveränderungen.

Offenbach a. M. R. Christian Schäfer, Ludwigstraße 87.

Sinnsprüche.

Wir mögen die Welt kennen lernen, wie wir wollen, sie wird immer eine Tagesseite und eine Nachtseite behalten.

Wie sich Verdienst und Glück verhalten,
Das fällt den Toren niemals ein:
Wenn sie den Stein der Weisen hätten,
Der Weise mangelte dem Stein.

Von des Lebens Gütern allen
Ist der Ruhm das höchste doch;
Wenn der Leib in Staub zerfallen,
Lebt der große Name noch.

Gesucht drei tüchtige ältere Möbeltischler,

im heißen vordrückt, und einen Polier. Dauernde Arbeit, Lohn bis 50 Pfg. die Stunde.

Dr. Sander, Tischlermeister, Berbohl in Weiden.

Zwei Möbeltischler (einstufig)

erhalten dauernde Arbeit auf bessere Möbel.

Wilhelm Stoll, Mechanische Möbeltischler, Leobersberg i. Böh.

Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.

Tageskursus für Schreiner.

Beginn: 2. Oktober 1911. Schluß: 30. März 1912.

Der Unterricht umfaßt wöchentlich 44 Stunden; hiervon 24 Stunden Prägen. In jedem Monat neue Unterrichtsfächer (Buchführung, Geschäftsbuch, gewerbliche Geometrie, Rechnen, Planimetrie, Rechenmaschine u. a. m.). — Der Eintritt in den Kursus kann jederzeit erfolgen. Jedem Teilnehmer ist freigestellt zu bestimmen an welchen Unterrichtsfächern und wie lange er am Unterricht teilnehmen will. — Schulgeld: 10. — Mk. pro Monat; für den ganzen Kursus 40. — Mk. Aufnahmebedingungen: mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres. — Im Anschluß an den Kursus kann die Weiterbildung erfolgt werden. Das Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden; die Schulzeit wird als Schulzeit angerechnet. Anmeldungen und Anfragen an die Direktion der Fachschule, Düsseldorf, Charlottenstraße 87. Der Direktor: Zimmer.



Die Weiterbildung erfolgt in der Schule angefertigt werden; die Schulzeit wird als Schulzeit angerechnet. Anmeldungen und Anfragen an die Direktion der Fachschule, Düsseldorf, Charlottenstraße 87. Der Direktor: Zimmer.

Vorarbeiter gesucht!

In einer aufstrebenden Stadt (10 000 Einwohner) in Süddeutschland, findet ein tüchtiger Schreiner, der auf Möbel und Bau ein Geschick besitzt, gute Stelle. Demselben obliegt das Zuschneiden der Hölzer und die Aufsicht über die Maschinen.

Offerten unter F B an die Exped. d. Bl.

Einen Stuhlbauer

auf bessere Stühle, Fontenills u. nach Belieben sucht bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung

Konrad Vogel, Möbelfabrik

Kreisberg, Mühlstraße 12.